



Jahresabschluss 2018

Union-Bank Aktiengesellschaft
24937 Flensburg

Seite	3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018
Seite	25	Bilanz zum 31.12.2018
Seite	27	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2018 bis 31.12.2018
Seite	28	Anhang
Seite	43	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
Seite	49	Bericht des Aufsichtsrates
Seite	51	Country by Country Reporting zum 31.12.2018 (Länderspezifische Berichterstattung gem. § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG)

I. Grundlagen der Bank

1. Das Geschäftsmodell der Union Bank Aktiengesellschaft

Die Union Bank Aktiengesellschaft ist eine selbständige regionale Universalbank mit Geschäftsstellen in Flensburg, Harrislee und Schleswig. Unser Haupt-Geschäftsgebiet ist das nördliche Schleswig-Holstein. Wir stellen unsere Produkte und Beratungsleistungen auf die Bedürfnisse unserer Kunden ab.

Die wesentlichen geschäftlichen Aktivitäten der Bank gliedern sich in:

- das Kredit- und Einlagengeschäft mit gewerblichen und privaten Kunden aus der Region
- Zahlungsverkehrsdienstleistungen
- Vermittlungsgeschäft in Finanzierungen, Kapitalanlagen und Versicherungen

Die Refinanzierung des Kreditgeschäfts erfolgt in hohem Maße über Kundeneinlagen.

Die geschäftliche Entwicklung der Bank ist Einflüssen von externen Faktoren unterworfen. Dies können die konjunkturelle Entwicklung, branchenbezogene Entwicklungen oder auch die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sein. Auf diese Entwicklungen hat die Bank keinen unmittelbaren Einfluss, sie kann auf Veränderungen jedoch mit einer Anpassung ihres Geschäftsmodells reagieren.

2. Ziele und Strategien

Unsere geschäftliche Strategie haben wir im Jahr 2018 überprüft. Im Ergebnis ergaben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Im Einklang mit den Geschäftsprinzipien der Bank und in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat haben wir für die Jahre 2019 und 2020 folgende strategische Ziele definiert:

- Erhalt der Union-Bank als selbständige Regionalbank
- Steuerung der Risiken
- Verbesserung der Rentabilität
- Einhaltung von Formalien
- Erweiterung des Geschäftsvolumens
- Sicherung des Vermögens der Aktionäre

Als strategische Zielgrößen für das Geschäftsjahr 2019 und 2020 wurde ein bilanzielles Kundenkreditvolumenwachstum von 2,5% jährlich unter Berücksichtigung der Eigenkapitalanforderungen, keine wesentliche Änderung der Geschäfts- und Risikostruktur, wobei das Limit für Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft max. 80% des Gesamtbanklimits betragen darf, eine Gesamtkapitalquote von min. 13,5%, eine Liquidity Coverage Ratio (LCR) von min. 150%, ein mittelfristig stabiles Teilbetriebsergebnis (Summe aus Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss abzgl. Verwaltungsaufwand) von 1,5 Mio. € und eine Eigenkapitalrentabilität vor Steuern von min. 4,0% festgelegt.

Das Niedrigzinsumfeld wird als grundsätzlich nachhaltig angesehen. Der damit verbundene Rückgang im Zinsergebnis kann durch Kosten- und Ertragsoptimierung und Ausweitung des Geschäftsvolumens kompensiert werden. Weiteres Potenzial hierzu ist nach Einschätzung des Vorstands grundsätzlich vorhanden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 haben wir unsere strategischen Ziele nicht vollumfänglich erreicht. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern lag trotz des nicht erreichten Teilbetriebsergebnisses von 1,5 Mio. EUR mit 4,75% über dem strategischen Wert von 4,0%. Das Wachstum im Kundenkreditvolumen -einschließlich der Treuhandkredite- lag mit 2,65% leicht unter dem angestrebten Zielwert von mind. 3%. Die strategischen Zielgrößen für die aufsichtlichen Kennziffern wurden mit 14,7% für die Gesamtkapitalquote und mit 451% für die LCR erreicht.

3. Steuerungssystem

Zur Steuerung der Bank haben wir ein System der jährlichen Geschäftsplanung und für die Steuerung der Risiken ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Basis der Steuerungssysteme ist unverändert zum Vorjahr die Geschäfts- und Risikostrategie.

Wir steuern die geschäftliche Entwicklung anhand der strategischen Zielgrößen, die gleichzeitig bedeutsame Leistungsindikatoren darstellen:

- Gesamtkapitalquote gem. Art. 92 CRR
Die Gesamtkapitalquote ergibt sich als Quotient aus Eigenmitteln und dem Gesamtrisikobetrag.
- Liquidity Coverage Ratio (LCR)
Die Liquidity Coverage Ratio (Mindestliquiditätsquote) bewertet die kurzfristige Liquidität unter vorgegebenen Stressbedingungen. Der vorhandene Liquiditätspuffer soll die Liquiditätsabflüsse unter Stressbedingungen mindestens abdecken.
- EK Rentabilität
Die Eigenkapitalrentabilität als Ausdruck der Verzinsung des Eigenkapitals zeigt an, ob den Eigentümern eine marktgerechte Rendite für die Überlassung ihres Kapitals angeboten wird.
- Teilbetriebsergebnis
Das Teilbetriebsergebnis ergibt sich als Summe aus Zinsüberschuß und Provisionsüberschuß abzgl. Verwaltungsaufwand.
- Kundenkreditvolumen und Risikostruktur
Die Gesamtsumme der an Kunden ausgereichten Kredite ergibt sich aus den Kundenforderungen (Aktiva 4) und den im Kundenauftrag gestellten Bürgschaften (Passiva U1). Das Kundenkreditvolumen prägt die Zusammensetzung der Risikostruktur.

Daneben beziehen wir auch die ergänzenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren: Kundenanzahl, die Anzahl der Neugeschäfte und die Anzahl der Mitarbeiter der Union-Bank in die Unternehmenssteuerung ein.

Für die Zielgrößen haben wir die angestrebten Werte definiert. Über die Entwicklung der Kennzahlen wird dem Vorstand und dem Aufsichtsrat laufend und regelmäßig berichtet. Bei Abweichungen wird die Ursache analysiert und ggf. Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen. Evtl. entstehende Zielkonflikte versuchen wir nach sorgfältiger Abwägung durch Priorisierung und Gewichtung aufzulösen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Konjunktur in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft setzte im Jahr 2018 ihren Aufschwung fort. Allerdings fiel der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr mit 1,5 % merklich schwächer aus als 2017 (+2,2 %). Ähnlich wie bereits im Vorjahr trugen die Konsumausgaben spürbar zum Anstieg des BIP bei. Das Ausgabenwachstum blieb aber deutlich hinter dem Zuwachs von 2017 zurück (+1,0 % gegenüber +1,7 %). Im Zuge der weniger schwungvollen Entwicklung des Welthandels und der zunehmenden protektionistischen Tendenzen verlor der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft an Fahrt. Die Exporte stiegen 2018 weniger kräftig als im Vorjahr (+2,4 % gegenüber +4,6 %), wozu auch verzögerte Auswirkungen der vorangegangenen Aufwertung des Euro-Wechselkurses beigetragen haben dürften. Der Arbeitsmarkt präsentierte sich in einer anhaltend guten Grundverfassung. Die Erwerbstätigenzahl legte erneut spürbar zu. Sie stieg im Inland gegenüber dem Vorjahr um 562.000 auf etwa 44,8 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenzahl verminderte sich weiter. Bei der Bundesagentur für Arbeit waren rund 2,3 Millionen Arbeitslose registriert und damit 193.000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ging im Vergleich zu 2017 um 0,5 Prozentpunkte auf 5,2 % zurück.

Finanzmarkt

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zum Jahresende 2018 das Ankaufprogramm für Anleihen beendet – die ultra-lockere Geldpolitik somit gedrosselt. Die Leitzinsen beließen die europäischen Notenbanker jedoch unverändert auf deren historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 % und der Einlagensatz mit -0,4 % im negativen Bereich. Die Renditen von 10-jährigen Bundesanleihen sind im Februar 2018, einhergehend mit den positiven Konjunkturerwartungen, zunächst deutlich auf rund 0,76 % gestiegen. Im Laufe des Jahres entwickelten sich die Renditen volatil und waren ein Gradmesser für die Risiken der Geopolitik. Bundesanleihen werden weiterhin als sicherer Hafen geschätzt. Bunds wurden im Zuge der Zuspitzung des Handelskonfliktes und der zunehmenden Unsicherheit über den Ablauf des Brexit vermehrt gesucht. Gleichzeitig führte die im Jahresverlauf nachlassende Konjunktur zur Unsicherheit, ob die EZB in 2019 tatsächlich – wie von ihr in Aussicht gestellt – den Zinserhöhungszyklus einleiten wird. Dies und der verringerte Sog der US-Renditen gegenüber Bundesanleihen führten zu sinkenden Bund Renditen. Die 10-jährigen Bundesanleihen rentierten zum Jahresende mit 0,25 % auf dem Niveau von Mitte 2017.

Der deutsche Leitindex startete zunächst erfreulich in das Jahr 2018. So konnte der DAX in den ersten Wochen deutlich um rund 700 Punkte auf das Jahreshoch von 13.559 Punkten klettern. Im weiteren Verlauf des Jahres bewegte sich der DAX volatil, aber beharrlich nach unten. Die Belastungsfaktoren waren wie an den Renten- und Devisenmärkten sowohl geopolitisch als auch konjunkturell geprägt. Am Jahresende stand der DAX mit 10.559 Punkten 3.000 Punkte unter dem Jahreshoch und 18 % unter dem Wert, den er zu Jahresbeginn vorweisen konnte.

Immobilienmarkt

Der Immobilienmarkt war im Jahr 2018 durch die anhaltend hohe Wohnungsnachfrage und den steigenden Immobilieninvestitionen in den Ballungszentren geprägt.

Entwicklung in der Region

Die regionale Wirtschaft in Schleswig-Holstein entwickelte sich in 2018 erneut positiv. Die Unternehmen in Schleswig-Holstein berichten im Jahresverlauf von einer positiven Entwicklung, von guten Auftragsbeständen und einer stabilen Beschäftigung. Flensburg als größte Stadt des Landesteils Schlesiws konnte von einer positiven Bevölkerungsentwicklung und der anhaltenden Wohnungsnachfrage profitieren.

Branchenentwicklung

Die wirtschaftliche Situation der Kreditwirtschaft wurde in 2018 weiterhin vom anhaltend niedrigen Zinsniveau und den vielfältigen regulatorischen Anforderungen geprägt. Die einzelnen Häuser reagierten auf diese Herausforderung mit entsprechenden Anpassungen an ihren Geschäftsmodellen und Kostensenkungsprogrammen. Zwei mittelgroße Volks- und Raiffeisenbanken im Geschäftsgebiet der Union-Bank haben in 2018 fusioniert.

Die regionale Kreditwirtschaft berichtet erneut für 2018 von zufriedenstellenden Ergebnissen und einer Ausweitung der geschäftlichen Aktivitäten.

Der Markt für Finanzdienstleistungen ist von intensivem Wettbewerb um die guten Kunden gekennzeichnet. Die Marktstellung der Union-Bank AG sehen wir als stabil an.

2. Überblick über den Geschäftsverlauf in der Union Bank Aktiengesellschaft

Die geschäftliche Entwicklung der Union-Bank AG ist von den herausfordernden Rahmenbedingungen des Niedrigzinsniveaus, den steigenden regulatorischen Anforderungen, der erfolgreich im Jahr 2018 durchgeführten Migration auf das neue Bankanwendungsverfahrens agree21 und dem starken Wettbewerb in Deutschland geprägt. Insgesamt war das Aktivitätsniveau in der Bank sehr hoch. Die erfolgreich durchgeführte IT-Umstellung hat in ganz besonderem Maße die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen herausgefordert. Trotz dieser hohen Arbeitsbelastung gelang es Kredite von fast 50 Mio € neu herauszulegen und über 600 neue KK- und Girokonten zu errichten. Darüber hinaus gelang es ohne Schwierigkeiten 1,6 Mio. € an nachrangigen Einlagen einzuwerben, was aus Sicht des Vorstandes ein wichtiger Vertrauensbeweis seitens der Anleger in die Bank ist.

Bilanzielle Entwicklung

Die Bilanzsumme stieg stichtagsbezogen im Vorjahresvergleich um 1,9% auf 262,8 Mio. €. Der Wachstumstreiber war die Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Nachfrage nach Finanzierungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut erfreulich hoch. Das Neugeschäftsvolumen belief sich auf 49,9 Mio. €. Trotz planmäßiger Rückflüsse und hoher Sondertilgungen wuchs das Kundenkreditvolumen auf Jahressicht leicht an. Unter Hinzurechnung der vergebenen Treuhandkredite ergab sich ein Zuwachs von ca. 4,3 Mio. € bzw. 2,7%.

Im Berichtsjahr wurden erstmals nachrangige Einlagen in Höhe von 1,6 Mio. € ausgegeben. Die nachrangigen Einlagen werden als Ergänzungskapital entsprechend der Vorgaben der CRR als Eigenmittelbestandteile angerechnet.

Bei dem Treuhandvermögen handelt es sich um Immobiliendarlehen, die von der Union-Bank in eigenem Namen auf Rechnung der DZ Hyp AG, Münster, ausgegeben werden. Hierdurch kann die Union-Bank ihren Kunden Darlehen mit langfristigen Zinsbindungen anbieten, die sie aufgrund ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten nur begrenzt auf eigene Rechnung vergeben möchte. Es bestehen Treuhandverbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber der DZ Hyp AG. Das Treuhandvermögen sank im Geschäftsjahr leicht um 0,3 Mio. € auf 34,6 Mio. €. Zur Deckung der Finanzierungswünsche unserer Kunden werden verstärkt langfristige Immobiliendarlehen unserer Partner vermittelt.

Vor dem Hintergrund der von den Experten auf Jahressicht erwarteten leichten Zinserhöhungen im langfristigen Bereich agierte die Union-Bank im Geschäftsjahr vorsichtiger bei festverzinslichen Wertpapieranlagen. Zur Vermeidung von zukünftigen Abschreibungsrisiken wurde freiwerdende Liquidität vermehrt mit kürzerer Zinsbindung angelegt. Der Bestand an fest und variabel verzinslichen Wertpapieren sank stichtagsbezogen um -0,9 Mio. € auf 53,3 Mio. €. Die freie Liquidität unterhielten wir überwiegend bei der Deutschen Bundesbank.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren

Gesamtkapitalquote

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR war im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil. Sie liegt zum Jahresende nach Feststellung des Jahresabschlusses, unter Berücksichtigung der vorgesehenen Rücklagendotierung und den neuen Kappungsgrenzen in 2019 bei 14,72 und erfüllt damit deutlich sowohl die gesetzliche Mindestanforderung, welche aufgrund eines in 2016 erlassenen SREP-Bescheides 8,5% beträgt, als auch unsere eigene höhere strategische Zielgröße von 13,0% bzw. 13,5% ab 2019. Ebenfalls liegt der Wert über unserem Prognosewert.

Liquidität / Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die Union-Bank hält die Anforderungen zum Jahresende mit einer Quote von 452% ein, welches unseren Prognosewert übersteigt. Der vorhandene Liquiditätspuffer deckt das Risiko aus dem vorgegebenen Stressszenario um das ca. 4,5-fache ab.

EK Rentabilität

Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Eigenmittel ergibt sich eine Eigenkapitalrendite vor Steuern von 4,8%. Dies ist aus unserer Sicht in einem schwierigen Zinsumfeld ein zufriedenstellendes Ergebnis und übertrifft unsere strategische Zielkennziffer von 4,0% als auch unsere Prognose.

Teilbetriebsergebnis

Das Teilbetriebsergebnis betrug im Geschäftsjahr 690 T€. Das mittelfristige strategische Ziel von 1,5 Mio. € wurde im Geschäftsjahr insofern noch nicht erreicht. Unsere Prognoserechnungen lassen jedoch eine mittelfristige Zielerreichung ab dem Jahr 2020 erwarten.

Kundenkreditvolumen und Risikostruktur (als interne Steuerungsgröße)

Die Gesamtsumme der an Kunden ausgereichten Kredite betrug zum 31.12.2018 T€ 138.699. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,8%. Für diese Kennzahl hatten wir ein moderates Wachstum von 3,0% angestrebt, das insoweit nicht vollumfänglich erreicht wurde.

Die steuerungsrelevanten Risiken sind im Risikobericht ausführlich erläutert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 hat sich keine wesentliche strukturelle Veränderung der Risiken ergeben.

Ergänzende nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Anzahl der Mitarbeiter

Die Beschäftigtenzahl entwickelte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht rückläufig. Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir 21 männliche und 27 weibliche bankfachliche Mitarbeiter verteilt auf 35 Vollzeit- und 13 Teilzeitstellen. Darüber hinaus beschäftigen wir einen vollzeitbeschäftigten und 5 teilzeitbeschäftigte gewerbliche Arbeitnehmer. Mit dem Angebot von Teilzeitstellen kommen wir nicht nur den betrieblichen Anforderungen, sondern auch den Wünschen unserer Mitarbeiter nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach. Vier Auszubildende schlossen ihre Berufsausbildung zum Bankkauffrau/-mann erfolgreich ab. Die Möglichkeit der Nutzung von Elternzeit wurde im Berichtsjahr von zwei Beschäftigten angenommen.

Auch im Jahre 2018 konnten Mitarbeiter verschiedene Betriebsjubiläen feiern. Ein großer Teil unserer im Bankbetrieb beschäftigten Mitarbeiter ist bereits seit ihrer Berufsausbildung bei der Bank beschäftigt. In unserem Mitarbeiterstamm ist die Altersstruktur ausgewogen, das Durchschnittsalter liegt bei 45 Jahren.

Im Geschäftsjahr konnte die Union-Bank eine neue Auszubildende gewinnen. In besonderem Maße fühlen wir uns verpflichtet, jungen Menschen in der Region eine attraktive Ausbildung anzubieten. Über alle Ausbildungsjahre verteilt bestanden im Jahr 2018 durchschnittlich 3 Auszubildende. Zur weiteren Qualitätssteigerung der Ausbildung in unserem Hause besteht eine überbetriebliche Ausbildungskooperation im

Hinblick auf die Stärkung der praktischen Beratungstätigkeit.

Vakante Stellen aus Fluktuationen konnten wie erwartet mit qualifizierten Personen neu besetzt werden.

Weitere nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Geschäftsjahr 2018 konnten wir erneut zu einer großen Zahl an neuen Kunden eine Geschäftsbeziehung aufbauen. Allerdings haben wir vor dem Hintergrund der hohen Kapazitätsbindung durch die IT-Umstellung unsere Planzahlen nicht ganz erreicht. Getragen wurde dieses Wachstum hauptsächlich durch private Kunden. Die Anzahl neuer Giro und KK Konten im Geschäftsjahr betrug 602 Stück.

Das Einlagengeschäft verlor aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus seine Attraktivität. Im Jahr 2018 wurden 79 neue Sparkonten eröffnet.

Wie in den Vorjahren, waren wir auch im Jahr 2018 in vielfältiger Weise unterstützend in der Region tätig. Vereine, Gruppen und Einrichtungen sowohl des dänischen als auch des deutschen Bevölkerungsteils wurden im Berichtsjahr gefördert. Dabei haben wir Wert darauf gelegt, dass sowohl kulturelle als auch sportliche und humanitäre Initiativen in unserem Geschäftsgebiet gefördert wurden.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute dienen in erster Linie der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Liquiditätssteuerung. Wie sich aus der Restlaufzeitengliederung im Anhang ergibt, handelt es sich überwiegend um kurzfristige Anlagen. Die Kontrahenten wurden von uns sorgfältig ausgesucht. Die Geschäftsbeziehung besteht i.d.R. seit vielen Jahren.

Der Anteil der Forderungen in fremder Währung bezogen auf die Gesamtforderungen an Kreditinstitute in Höhe von 10,0 Mio. € liegt bei 3,6% und lautet fast ausnahmslos auf DKK. Wir sehen derzeit kein bemerkenswertes Adressenausfallrisiko bei unseren Kontrahenten.

Kundenforderungen

Die Kundenforderungen machen 50,9% der Bilanzsumme aus. Die Nachfrage nach Finanzierungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut erfreulich hoch. Das Neugeschäftsvolumen belief sich auf 49,9 Mio. €. Trotz planmäßiger Rückflüsse und hoher Sondertilgungen wuchs das Kundenkreditvolumen (inkl. Zinsabgrenzungen, ohne Wertpapiere und Beteiligungswerte), das sich im Wesentlichen aus den Forderungen an Kunden sowie aus Avalen zusammensetzt, auf Jahressicht leicht an. Es beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 140,9 Mio. €. Hiervon machen Darlehen mit 89,7% den größten Anteil aus. Die branchenmäßige Aufteilung des Kundenkreditvolumens weist als größte Gruppe Arbeitnehmer und Pensionäre mit einem Anteil von 30,9% aus. Bei den gewerblichen

Kreditnehmern sind 36,2% der Forderungen dem Sektor Dienstleistungen und 27,8% dem Wohnungsbauunternehmen zugeordnet.

Die Struktur unserer Kundenforderungen sehen wir als ausgewogen an. Die branchenmäßige Verteilung gibt uns keinen Hinweis auf besondere Risiken. Sowohl die größen- als auch die laufzeitmäßige Gliederung der Kundenforderungen entspricht unseren - unter Risikoaspekten - gesetzten Zielen.

Die Kreditengagements mit einer Inanspruchnahme von über 1,5 Mio. € betragen zum Stichtag insgesamt 41,3 Mio. € mit einem Anteil von 29,3% des Kundenkreditvolumens. Insbesondere bei den größeren Engagements legen wir größten Wert auf eine gute Bonität der Kunden und eine weitgehende Absicherung mit werthaltigen Sicherheiten. Aus diesem Grund ergeben sich aus der Struktur der Kundenforderungen nach unserer Einschätzung keine besonderen Risiken.

Bei der Bewertung der Forderungen haben wir durch die Bildung von Wertberichtigungen allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen der Bank dienen in erster Linie der Anlage von freier Liquidität. Das Portfolio besteht aus Rentenwerten inländischer und europäischer Gebietskörperschaften und Kreditinstitute in Euro mit gestreuten Restlaufzeiten.

Der Bestand an fest und variabel verzinslichen Wertpapieren sank stichtagsbezogen um -0,9 Mio. € auf 53,3 Mio. €. Die Veränderung geht auf Fälligkeiten mit einem Nominalvolumen von 5,0 Mio. €, Verkäufe mit einem Nominalvolumen von 5,0 Mio. € sowie Käufe mit Nominalvolumina von insgesamt 9,0 Mio. € zurück.

Titel, die wir der Liquiditätsreserve zurechnen, wurden zum Bilanzstichtag zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Titel im Gesamtvolumen von 26,0 Mio. € (im Vorjahr 20,0 Mio. €) haben wir im Geschäftsjahr 2018 aufgrund der Dauerhalteabsicht und der ausreichenden Liquiditätsreserve dem Anlagebestand zugeordnet. Dadurch wurden Abschreibungen von 475 T€ vermieden. Hiervon entfällt ein Buchwert von 16,5 Mio. € auf Wertpapiere mit ratierlicher Auflösung des den Nennwert übersteigenden Betrages (Agio). Die dem Anlagebestand zugeordneten Titel sind mit den Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen mit dem niedrigeren Zeitwert bilanziert. Bezogen auf die Endfälligkeit der Papiere sehen wir derzeit kein Verlustrisiko auf den Nominalwert. Gleichwohl besteht unabhängig von der Art der Bilanzierung über die Restlaufzeit bei allen Wertpapieren das Risiko von Marktpreisen unterhalb des Nominalwertes.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen ist hauptsächlich aufgrund von Immobilieninvestitionen von 4,3 Mio. € auf 8,2 Mio. € angestiegen. Zur Ertragsverbesserung und -stabilisierung wurden im Geschäftsjahr Wohnimmobilien in Flensburg erworben. Ebenfalls vielen bereits Planungskosten für unser wohnwirtschaftliches Neubauvorhaben in Harrislee an.

Finanz- und Liquiditätslage

Eigenmittel

Mit Zustimmung des Aufsichtsrates haben wir aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres erneut eine Vorwegzuweisung zu den anderen Gewinnrücklagen beschlossen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR beträgt nach Feststellung des Jahresabschlusses unter Berücksichtigung der neuen Kappungsgrenzen in 2019 14,7%. Bei Berücksichtigung der hinzuzurechnenden für die Union-Bank AG relevanten Kapitalerhaltungspuffer/Kapitalpuffer gem. KWG ergibt sich für 2018 eine Kapitalanforderung von 10,375% bzw. für 2019 von 11,0%, welche deutlich eingehalten werden.

Die seit dem Geschäftsjahr 2014 anzuwendenden und mit mehrjährigen Übergangsregeln ausgestatteten neuen europäischen Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung von Banken (CRD und CRR) führen tendenziell zu einer Erhöhung des Eigenkapitalbedarfs. Abhängig von der geschäftlichen Entwicklung der Bank, ist voraussichtlich auch zukünftig eine weitere Verstärkung der Eigenkapitalbasis sinnvoll und erforderlich.

Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen der Bank sind traditionell die Finanzierungsquelle für das Kreditgeschäft. Die Gesamtsumme der Kundenverbindlichkeiten ist im Vorjahresvergleich um 3,0 Mio. € gestiegen. In den einzelnen Unterpositionen sind größere Umschichtungen zu verzeichnen. So stiegen die Sichteinlagen um 5,1 Mio. € an, während die Einlagen mit vereinbarter Laufzeit um 2,0 Mio. € und die Spareinlagen um 0,1 Mio. € sanken. Diese Entwicklung ist aus Banksicht eine Folge des extrem niedrigen Zinsniveaus, durch das kaum noch ein zinsmäßiger Unterschied zwischen Sicht und Einlagen mit vereinbarter Laufzeit besteht.

Die Größen- und Laufzeitstruktur unserer Einlagen weist eine breite Streuung auf. Besondere Abruf Risiken, die zu einer Belastung der guten Liquiditätslage der Bank führen könnten, sehen wir derzeit nicht.

Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Dieser sichert die Rückzahlung der Einlagen bei Insolvenz einer Bank bis zu einer bestimmten Betragsgrenze. Diese geht weit über die gesetzlich vorgeschriebene Einlagensicherung hinaus. Die Sicherungsgrenze, die zur Zeit 20% des maßgeblichen haftenden Eigenkapitals der Bank pro Einleger beträgt, wird bis 2025 auf 8,75% stufenweise herabgesetzt. Unsere bestehenden Kundeneinlagen sind zum Bilanzstichtag durch diese Einlagensicherung fast ausnahmslos in voller Höhe abgesichert.

Liquidität

Die Zahlungsbereitschaft der Bank war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 jederzeit gegeben. Die von der Finanzaufsicht vorgegebenen Grenzen wurden während des gesamten Geschäftsjahres deutlich eingehalten.

Der Bank standen im ausreichenden Maße Liquiditätsreserven in Form von liquiden Wertpapieren, Bankguthaben und verbindlichen Kreditzusagen zur Verfügung.

Investitionen im Bankgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Bankanwendungsverfahren „bank21“ auf das einheitliche Bankanwendungsverfahren „agree21“ der Fiducia & GAD IT AG unter hohem personellen Einsatz und finanzieller Belastung migriert. Die technische Ausstattung der Bank wurde an die neuen betrieblichen Anforderungen angepasst.

Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich in 2018 unter Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds zufriedenstellend entwickelt.

Bei einem gegenüber dem Vorjahr gesunkenem Aktivüberhang im verzinslichen Geschäft in Höhe von 9.635 T€ (i. Vj. 17.646 T€) sowie einem im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegenen durchschnittlichen Geschäftsvolumen von 267.052 T€ (i. Vj. 259.171 T€) ist der erweiterte Zinsüberschuss bei einer um 0,12 Prozentpunkte gesunkenen Zinsmarge im Vergleich zum Vorjahr um 161 T€ auf 4.607 T€ und damit um rund 3,4 % gesunken. Der prognostizierte Zinsüberschuss wurde trotz der weiter gesunkenen Zinsmarge im Kreditgeschäft und bei den Wertpapieranlagen durch gezahlte Vorfälligkeitsentschädigungen übertroffen. Im Zinsüberschuss sind negative Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von -116 T€ enthalten.

Der Provisionsüberschuss stieg um 3,0% auf 2.294 T€, blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. Positiv entwickelten sich insbesondere die Erträge aus Kreditvermittlungen.

Der leicht verminderte Personalbestand führte in Verbindung mit Aufwendungen für Mehrarbeit im Rahmen der IT-Umstellung nur zu einer leichten Senkung der Lohn- und Gehaltskosten. Wir bedanken uns ausdrücklich bei unseren Mitarbeitern für deren besonderen Einsatz. Sie haben wesentlich zum Gelingen des Projektes beigetragen. Der Personalaufwand stieg insgesamt um 7,9% durch die Aufwendungen für die Altersversorgung aktiver und ehemaliger Mitarbeiter und deren Hinterbliebene sowie für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene. In 2018 fiel dieser um 281 T€ höher aus als im Vorjahr. Die Ursachen hierfür sind ein weiteres Absinken des Diskontierungsfaktors und in 2018 erneuerte Sterbetafeln.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sanken durch die in den Vorjahren eingeleiteten Kostensenkungsmaßnahmen um 2,4%.

Beim saldierten Bewertungsergebnis aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft hat sich entgegen unseren Prognosen ein positives Ergebnis von 375 T€ (VJ +96 T€) ergeben. In der getrennten Betrachtung ergab sich für das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr ein Ergebnis von +222 T€ (VJ -119 T€), während sich das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft unter Berücksichtigung der durch die Umwidmung von Wertpapieren vermiedenen Abschreibungen von 220 T€ auf +153 T€ belief (VJ +215 T€).

In den außerordentlichen Aufwendungen sind Zuführungen von 1/15 des Unterdeckungsbetrages gem. BilMoG bei den Pensionsrückstellungen i.H.v. 62 T€ enthalten.

Der mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Ergebnisverwendungsvorschlag des Vorstandes ist dem Anhang zu entnehmen.

Unsere Prognose stimmt mit dem Geschäftsverlauf in wesentlichen Bereichen überein. Aufgrund der weiter gesunkenen Zinsmarge und den hinter den Erwartungen zurück gebliebenen Provisionsertragssteigerungen sowie der über unserer Planung liegenden Personalaufwendungen konnte das geplante Teilbetriebsergebnis jedoch nicht erreicht werden. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen wurde das aktive Kostenmanagement weiter umgesetzt und der ambitionierte Planwert sogar unterschritten. Einen zusätzlichen Kostentreiber stellte die erfolgreich durchgeführte IT-Umstellung dar. Das Bewertungsergebnis liegt erneut positiv über unseren Erwartungen und beeinflusst das Jahresergebnis entsprechend. Der Kundenzuspruch hielt auch in 2018 an und führte zu entsprechenden Neukunden und Neukontenanlagen, lag jedoch leicht unter unserer Prognose.

4. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Das Geschäftsjahr 2018 war in besonderem Maße von der IT-Umstellung geprägt. Die Vorbereitung und die Durchführung des Projektes war für die beteiligten Mitarbeiter eine Kraftanstrengung. Dank guter Vorbereitung und des großen Engagements der Belegschaft gelang die Umstellung planmäßig. Aufgrund der erheblichen Personalbelastung durch die IT-Umstellung konnten wir unsere vertrieblichen Aktivitäten nicht in dem gewünschten Umfang ausweiten.

Der Bank steht Liquidität in ausreichendem Maße zur Verfügung, um die gesetzlichen Mindestanforderungen deutlich zu erfüllen.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau belastet jedoch die Ertragskraft der Bank. Gleichzeitig führen stetig steigende regulatorische Anforderungen zu einem immer größeren administrativen Aufwand in der Bank. Durch die technische und organisatorische Weiterentwicklung der Bank werden wir versuchen, dieser tendenziell ungünstigen Entwicklung der Rahmenbedingungen entgegen zu wirken, um auch in Zukunft in der Lage zu sein, zum Nutzen unserer Aktionäre und Kunden am regionalen Markt agieren zu können.

Insgesamt beurteilen wir die Situation der Bank als herausfordernd. Die regionale Bindung und eine vorsichtige Risikopolitik lassen die Bank am Ende des Geschäftsjahres stabil dastehen. Allerdings hat uns die Erfahrung aus der Vergangenheit gelehrt, dass es zu unvorhersehbaren Ereignissen kommen kann, die die zukünftige Entwicklung markant beeinflussen können. Insofern basiert unsere Lagebeurteilung auf einer nach heutigen Maßstäben wahrscheinlichen zukünftigen Entwicklung.

Der Zustrom an Neukunden und die positiven Rückmeldungen unserer Bestandskunden bestätigen uns, dass wir ein attraktiver Anbieter von Bankdienstleistungen in unserem Geschäftsgebiet sind.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Der nachfolgende Abschnitt sollte im Zusammenhang mit den anderen Kapiteln in diesem Lagebericht gelesen werden. Die in diesem Prognosebericht enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf Einschätzungen und Schlussfolgerungen aus den zum jetzigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen. Die Aussagen stützen sich auf eine Reihe von Annahmen, die sich auf zukünftige Ereignisse beziehen und die in die Unternehmensplanung der Union-Bank eingeflossen sind. Bezüglich des Eintritts der zukünftigen Ereignisse bestehen Ungewissheiten und Risiken, von denen viele Faktoren außerhalb der Möglichkeit der Einflussnahme der Bank stehen. Entsprechend können tatsächliche Ereignisse von den nachfolgend getätigten Zukunftsaussagen abweichen. Auf die im Rahmen der Planung getroffenen Annahmen wird im Prognosebericht näher eingegangen.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die Prognosemöglichkeit in einem volatilen Umfeld nur eingeschränkt gegeben ist. Auf wesentliche Chancen und Risiken der Prognosen für die zentrale Steuerung geht die Union-Bank in diesem Abschnitt ausführlich ein. Chancen sind dabei definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für die Union-Bank positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Risiken sind demgegenüber definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für die Union-Bank negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Im erweiterten Risikobericht werden die bankspezifischen Risikoarten separat erläutert.

Prognose der konjunkturellen Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft wird sich von der Konjunkturdelle nur langsam erholen. Nachdem im zweiten Halbjahr 2018 das BIP-Wachstum zum Erliegen gekommen ist, zeichnet sich auf Basis der wichtigsten Frühindikatoren für die erste Jahreshälfte ein anhaltend flacher konjunktureller Grundtrend ab. Die Stimmung hat sich unter den Finanzmarktexperten sowie in den deutschen Unternehmen zuletzt deutlich verschlechtert. Zwar verbesserten sich die Konjunkturerwartungen zum Jahresauftakt wieder leicht, jedoch wurde die Lage deutlich schlechter eingeschätzt. Die Binnennachfrage sollte allerdings robust genug sein, um das Wachstum im Prognosejahr leicht über 1,0 % halten zu können.

Die EZB wird in diesem Jahr ihre sehr expansive Geldpolitik fortsetzen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass sich das Zinsniveau noch einige Zeit im kurzfristigen Bereich auf dem derzeitigen historisch niedrigen Niveau verbleiben wird.

Prognose der Geschäftsentwicklung

Als Grundlage für die Aussagen zur Prognose dient die jährlich von der Union-Bank erstellte mehrjährige Ertrags- und Kapitalplanung.

Unsere Planung basiert auf den vorstehend dargestellten wirtschaftlichen Entwicklungen und folgenden wesentlichen Annahmen:

- Trotz des weiter sinkenden Durchschnittszinses für die Aktiva der Bank rechnen wir wegen des angestrebten Volumenwachstums mit einem steigenden Zinsergebnis.
- Das Provisionsergebnis wird durch maßvolle Preisanhebungen und Ausweitung des Vermittlungsgeschäfts ansteigen.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge werden aufgrund der vorgenommenen und geplanten Investitionen in Wohnimmobilien wachsen.
- Die Aufwendungen für die Altersvorsorge werden durch die sich weiter abzeichnende Senkung des Diskontierungsfaktors auf einem hohen Niveau verbleiben. Durch entfallende Pensionsneuverträge wird sich jedoch langfristig eine Reduzierung ergeben.
- Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen sollen durch ein aktives Kostenmanagement Einsparpotenziale gehoben werden. Jedoch sind inzwischen große Kostenblöcke durch externe Regulierungsvorgaben getrieben und führen insgesamt zu gleichbleibenden bzw. steigenden Verwaltungsaufwendungen.
- Das Bewertungsergebnis des Kreditgeschäfts wird nicht die positive Entwicklung der letzten fünf Geschäftsjahre fortsetzen, sondern sich wieder auf dem geplanten erwarteten Verlustniveau bewegen.

Auf der Grundlage unserer mehrjährigen Planung und unter den vorstehenden Annahmen erwarten wir für das folgende Geschäftsjahr die im Folgenden dargestellte Entwicklung wesentlicher Steuerungskennzahlen:

In den folgenden drei Geschäftsjahren erwarten wir ein Wachstum des Kundenkreditvolumens um jeweils ca. 5%, das jedoch zu keinen wesentlichen Veränderungen der Risikostruktur führen wird. Als Wachstumsquellen sehen wir das Kreditgeschäft mit Kunden. Es wird angestrebt vermehrt neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen und bestehende Geschäftsbeziehungen zu festigen. Der Kundenzuspruch wird auch in den Folgejahren anhalten und zu einer leicht steigenden Kundenzahl und entsprechenden Neukontenanlagen führen. Zusätzlich beabsichtigt die Union-Bank zur Ertragsdifferenzierung und -steigerung den bereits begonnenen Aufbau eines Immobilienportfolios weiter zu betreiben. Vor dem Hintergrund unserer Wachstumsziele wird die Gesamtkapitalquote leicht fallen. Abhängig von der tatsächlichen Entwicklung könnten ggf. Kapitalmaßnahmen erforderlich werden. Der hohe Liquiditätsüberschuss der Bank wird sich durch das Kundenkreditwachstum und Wertpapieranlagen reduzieren und führt zu einer spürbar sinkenden LCR, welche noch weit über den gesetzlichen Anforderungen liegt.

Wir gehen für den Prognosezeitraum im Vergleich zu 2018 von einem deutlich steigenden Teilbetriebsergebnis vor Bewertung in 2019 aus, welches ab 2020 über dem mittelfristigen Teilbetriebsergebnisziel liegen wird. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern wird im Vergleich zu 2018 durch das sich normalisierende Bewertungsergebnis entsprechend merklich geringer ausfallen und ab 2020 die strategische Zielkennziffer von 4,0% überschreiten.

Der Personalbestand wird sich weiter auf dem aktuellen Niveau bewegen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die persönliche Beziehung zu unseren Kunden war und ist eine besondere Stärke der Bank. Bei der Auswahl und Gestaltung unserer angebotenen Produkte und Dienstleistungen orientieren wir uns unmittelbar an den Wünschen und Bedürfnissen unserer Kundschaft.

Unsere schnelle Entscheidungsfindung und die schlanken Prozesse gepaart mit einer klaren Vertriebsorientierung bieten gute Voraussetzungen, den geschäftlichen Erfolg der Vergangenheit auch für die Zukunft zu sichern.

Die Entwicklung des Geschäftsvolumen hat für die Bank eine hohe Bedeutung. Denkbar ist daher, dass eine unerwartet hohe Kreditnachfrage im Kreditgeschäft mit Kunden zu der Chance eines über den Erwartungen liegenden Neugeschäfts führt. Dem kann beispielsweise ein weiterhin spürbarer Anstieg des Wirtschaftswachstums oder auch eine weitere deutliche Absenkung des Zinsniveaus zu Grunde liegen, was sich positiv auf die Kreditnachfrage auswirken würde. Darüber hinaus kann ein über den Erwartungen liegendes Neugeschäft im Kerngeschäftsfeld aus besseren Vertriebsleistungen resultieren. Mit höher als erwarteten Neugeschäftsabschlüssen ist die Chance eines über der Prognose liegenden Kundenkreditvolumens verbunden.

Im umgekehrten Fall bestehen bedeutende Risiken indes aus einer geringeren Nachfrage nach Finanzierungen beispielsweise infolge einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums oder eines deutlichen Anstiegs des Zinsniveaus. Weiterhin ist eine unerwartet hohe Intensivierung des Wettbewerbs auf der Kreditgeberseite möglich, die sich entsprechend auf die erzielbaren Margen und das Neugeschäft auswirken könnte. Hierdurch könnten die Prognosen in Bezug auf das Teilbetriebsergebnis und die Eigenkapitalrentabilität nicht erreicht werden.

Daneben beinhaltet auch das Kundenverhalten, insbesondere hinsichtlich Prolongationen und außerplanmäßigen Tilgungen, Chancen und Risiken für die Bestandsentwicklung.

Bei dem gegenwärtig niedrigen Zinsniveau wird es zunehmend anspruchsvoller, die zur Deckung der Verwaltungskosten und Verlustrisiken erforderlichen Erträge im zinstragenden Geschäft zu erwirtschaften.

Dem versuchen wir durch unsere Strategie eines moderaten geschäftlichen Wachstums und der Erschließung von neuen Ertragsquellen entgegen zu steuern. Sollte dies entgegen unseren Erwartungen nicht gelingen, so hätte dies negative Auswirkungen auf die zukünftige Ertragslage.

Wir gehen davon aus, dass es zu steigenden Anforderungen hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung und Liquiditätssteuerung und der damit einhergehenden zunehmenden Regulierung der Kreditwirtschaft kommt. Neue regulatorische Eingriffe gehen mit Restriktionen und somit mit Ertragsrisiken und die Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand einher. Dies wird die zukünftige geschäftliche Entwicklung negativ beeinflussen. So könnten Ermessensentscheidungen der Bankenaufsicht hinsichtlich zusätzlicher individueller oder erhöhter branchenweiter Kapitalanforderungen u. a. Geschäftsmöglichkeiten beeinflussen. Wir messen diesen regulatorischen Risiken eine mittlere Bedeutung bei.

Weitere bedeutende Risiken bestehen als Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft, die aufgrund einer deutlichen Verschlechterung der konjunkturellen Situation auch unseren Kundenkreis in größerem als heute erwartetem Umfang treffen könnten und sich markant negativ auf die Ertragslage auswirken.

Daneben ist denkbar, dass bei gleichbleibenden oder sich verbessernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Wertberichtigungsbedarf geringer als geplant ausfallen wird.

Bezogen auf den Bestand der eigenen Wertpapiere der Bank besteht das Risiko, dass ein deutlich höheres Zinsniveau als gegenwärtig absehbar unmittelbar zu höheren Kursverlusten als heute erwartet führen könnte und sich daraus wesentliche Belastungen für die Ertragslage ergeben können und damit die prognostizierten Entwicklungen bedeutsamer Steuerungskennzahlen nicht erreicht werden. Wir messen diesem Risiko eine hohe Bedeutung bei.

Risiken der zukünftigen Entwicklung der Bank können sich aus der zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht abschließend zu beurteilenden Entwicklung an den Finanzmärkten ergeben, die auch unmittelbare Auswirkung auf die Refinanzierungskosten und -möglichkeiten unserer regional tätigen Bank haben könnten. Hieraus könnten sich negative Auswirkungen auf die Ertragslage und auf die LCR-Prognose ergeben.

Die genannten Chancen und -risiken in Bezug auf die Ertragslage stellen gleichermaßen Chancen und Risiken in Bezug auf das Teilbetriebsergebnis, die Eigenkapitalrentabilität sowie die Gesamtkapitalquote dar.

Aus heutiger Sicht ist die zukünftige Entwicklung in den kritischen Bereichen Zinsergebnis und regulatorische Anforderungen schwer zu prognostizieren. Wie für die gesamte Branche, so ist es auch für die Union Bank AG von entscheidender Bedeutung, dass die Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft nicht mit immer weitergehenden Anforderungen zusätzlich erschwert werden. Es besteht daher das Risiko, dass das heutige Geschäftsmodell der Bank in dem weiteranhaltenden Niedrigzinsniveau und einer damit im Zusammenhang stehenden geringen Ertragskraft auf der einen Seite und steigenden regulatorischen Anforderungen auf der anderen Seite anzupassen ist und entsprechende Kosteneinspar- und Effizienzmaßnahmen erfordert. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen kann zunächst zu erhöhten Belastungen der Ertragslage führen. Als kleines Kreditinstitut hat das Potenzial zur Anpassung des Geschäftsmodells allerdings seine Grenzen.

Die Regulierung verursacht erhebliche administrative Aufwände. So zeigt z.B. eine aktuelle Übersicht unseres Branchenverbandes „bdb“ allein für das laufende Jahr 62 und für das kommende Jahr 24 unterschiedliche Regulierungsvorhaben auf, die in der Bank beachtet und ggf. umgesetzt werden müssen. Auch hatte die Union-Bank zum 31.12.2018 insgesamt 17 Beauftragte für verschiedene gesetzlich oder aufsichtsrechtlich erforderliche Funktionen benannt, die jeweils mehr oder weniger umfangreiche Tätigkeiten auszuführen und darüber zu berichten haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 hatte die Union-Bank 24 verschiedene regelmässige Meldungen an die Bankaufsichtsbehörden abzugeben, daraus entstanden 105 einzelne Meldevorgänge. Hinzu kommen weitere Meldungen als Gewerbetreibender, Steuerpflichtiger, Arbeitgeber usw. Durch entsprechende Regulierungen steigt der Anteil der Verwaltungstätigkeiten laufend an und wird somit die Ertragslage weiter schmälern wird.

Vor diesem Hintergrund haben wir bereits in den Vorjahren Maßnahmen zur Verbesserung der Rentabilität eingeleitet und werden dieses auch weiterhin betreiben.

Erweiterter Risikobericht

Unsere in den Vorjahren formulierte vorsichtige Risikostrategie wurde von uns im Geschäftsjahr 2018 unverändert fortgeführt.

Wir haben in den vergangenen Jahren unser Risikomanagement laufend verbessert und ausgebaut, allerdings arbeiten wir größenbedingt eingeschränkt automatisiert und haben in alle Prozessschritte immer auch die beteiligten Mitarbeiter zur Beurteilung herangezogen.

Der interne Kreditausschuss dient als bankinternes Beratungsgremium für Kreditengagements, die hinsichtlich ihrer Höhe und ihres Risikogehalts von besonderer Relevanz für den Unternehmenserfolg der Bank sind. Er besteht aus dem Vorstand sowie den Leitern Aktivgeschäft und tagt bei Bedarf.

Die Risikocontrolling-Funktion in der Union-Bank AG wird durch das Vorstandsmitglied Frank Baasch wahrgenommen und wird durch den Leiter Rechnungswesen bzw. den Betriebsbereich unterstützt. Weitere Unterstützungsleistungen erbringt der Leiter Marktfolge Aktiv bzw. die Marktfolge Aktiv zum Adressenrisiko aus Kundengeschäft.

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken, die unsere Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können sowie die mit ihnen verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Wir verstehen das Risikomanagement als eine gemeinsame Aufgabe aller am Prozess beteiligten Mitarbeiter, wobei die Gesamtverantwortung beim Vorstand liegt. Die verschiedenen Funktionsträger werden je nach Art, Umfang und Komplexität der Geschäfte mit eingebunden. Insbesondere die Risikocontrolling-Funktion ist bei der Erstellung der Risikoinventur, der vierteljährlichen Risikoberichterstattung und der

laufenden Risikoüberwachung involviert.

Im Einklang mit unserer Geschäftsstrategie haben wir Grundsätze zur Risikosteuerung formuliert. Risiken gehen wir insbesondere ein, um gezielt Erträge zu erwirtschaften.

Aufgabe der Risikosteuerung ist nicht die vollständige Risikovermeidung, sondern eine in Übereinstimmung mit den Unternehmenszielen stehende systematische Risikohandhabung. Dabei beachten wir folgende Grundsätze:

- Wir verzichten auf Geschäfte deren Risiko für unsere Bank nicht vertretbar ist und suchen nach Geschäftspositionen, bei denen Ertragschancen und Risiken in angemessenem Verhältnis stehen.
- Wir vermeiden weitestgehend Risikokonzentrationen.
- Zur Absicherung von Kreditrisiken vereinbaren wir, wo möglich, die Stellung von Sicherheiten.

Planung und Steuerung der Risiken erfolgen auf der Basis der Risikotragfähigkeit der Bank im Rahmen eines Risikoszenarios. Ergänzend werden regelmäßig hypothetische und historische Stresstests simuliert. Die Risikotragfähigkeit, die periodisch ermittelt wird und eine angemessene Betrachtung über den Bilanzstichtag des laufenden Jahres mit einbezieht, ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken den Fortbestand des Unternehmens nicht gefährden. Per 31.12.2018 betrug das Gesamt Risikolimit 7.500 T€, die Auslastung betrug 55,5%, womit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikolage der Union-Bank AG stellt sich ausgewogen dar und es kam zu keinen Budgetüberschreitungen im steuerungsrelevanten Risikoszenario. Die ergänzenden Stresstests bewegen sich ebenfalls innerhalb der maximalen Risikotragfähigkeit. Die barwertige Perspektive wird im Rahmen der regulatorischen Vorgaben vereinfacht betrachtet.

Es werden die Entwicklungen des Adressenausfall- und des Marktpreisrisikos einschließlich des Zinsänderungs-, Liquiditäts-, Vertriebs- und operationellen Risikos beobachtet. Dabei analysieren wir die Auswirkungen verschiedener ungünstiger Szenarien auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank. Ergänzt werden die gewonnenen Erkenntnisse durch Untersuchungen mittels inverser Stresstests, die äußerst hypothetische Annahmen verwenden, die sich voraussichtlich so nicht ereignen werden. Sie dienen als Nachweis für die Nachhaltigkeit unserer Geschäftsstrategie und liefern Rückschlüsse zum Strategieprozess und die Aussagekraft unserer Stressszenarien. Die aktuellen Berechnungen zur Risikosituation der Bank zeigen das Adressenausfallrisiko als ausmachendes Risiko an. Für die anderen Risiken zeigen die Berechnungen als Ergebnis einer Kombination aus Risikovermeidung und Risikoabschirmung eine vergleichsweise geringe Betroffenheit an.

Wir haben einen Prozess definiert, mit dessen Hilfe der zukünftige Eigenkapitalbedarf der Bank in regelmäßigen Abständen systematisch geplant und ermittelt wird. Derzeit ist die Eigenkapitalbasis ausreichend. Die Ergebnisse bestätigen jedoch auch unsere bisherige Einschätzung, dass geplantes geschäftliches Wachstum mit steigenden regulatorischen Anforderungen eine erweiterte Eigenkapitalbasis erfordert.

Adressenausfallrisiko

Als Adressenausfallrisiko bezeichnen wir das Risiko, dass Kreditnehmer nicht oder nicht in vollem Umfang in der Lage sind, vergebene Kredite zurückzuzahlen. Das Adressenausfallrisiko unterliegt einer permanenten Überwachung. Die laufende Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Kreditnehmer ermöglicht es uns, sich abzeichnende Risiken frühzeitig zu erkennen. Die Festlegung von Frühwarnschwellen im Hinblick auf die Kreditgrößenstruktur und Branchenstruktur unterstützt dabei die Identifizierung. Für die Risikoklassifizierung der Kredite setzen wir ein Ratingverfahren ein, das uns jederzeit ein verlässliches Bild der Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft liefert. Wir nutzen das Kreditportfoliomodell Verfahren CVaR in Anlehnung an CreditRisk+ mit einem (Netto-) Blankovolumen (RV) als Exposure. Die Union-Bank AG verwendet für den nicht ausgefallenen Bestand eine Ausfallwahrscheinlichkeit von 0,01% bis 30% und für den ausgefallenen Bestand eine Ausfallwahrscheinlichkeit von 100% des nicht besicherten Risikovolumens. Zusätzlich wird eine Cure-Rate von 20,0% auf den nicht ausgefallenen Bestand berücksichtigt. Die Beleihungssätze der Bank werden regelmäßig mit den erzielten Erlösquoten abgeglichen und sind hinreichend konservativ. Durch ein System der Funktionstrennung sichern wir den Kreditvergabeprozess ab und erhöhen gleichzeitig die Entscheidungsqualität. Das gleiche gilt für die implementierten prozessabhängigen und -unabhängigen Kontrollen. Eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand und an den Aufsichtsrat der Bank stellt eine zeitnahe Information der Entscheidungsträger sicher. Alle erkennbaren Risiken sind durch entsprechend dem Ausfallrisiko dotierte Risikovorsorgen abgeschirmt. Die Bildung der Risikovorsorgen erfolgt in Abhängigkeit von erwarteten Zins- und Tilgungsleistungen sowie Sicherheitenerlösen. Vom Gesamtbank Risikolimit wurde der größte Anteil für das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft reserviert. Die Auslastung des Limits von 4.450 T€ bewegt sich mit 69% innerhalb der strategischen Vorgaben.

Ein besonderes Augenmerk haben wir dem Adressenausfallrisiko in unseren Geldanlagen bei anderen Kreditinstituten gewidmet. Durch eine laufende Berichterstattung an den Vorstand über den jeweils aktuellen Geschäftsumfang mit einzelnen Kontrahenten und eine laufende Informationssammlung haben wir jederzeit ein aktuelles Bild über die Risikoentwicklung erhalten. Wir haben die Geldanlagen jeweils bei Kontrahenten mit einer aus unserer Sicht geringen Ausfallwahrscheinlichkeit getätigt. Gleiches gilt für unsere Wertpapieranlagen. Darüber hinaus simulieren wir hier mögliche adressbezogene Spreadveränderungen, die sich in entsprechenden Abschreibungsrisiken der Wertpapiere niederschlagen. Die Auslastung des Limits für Adressrisiken aus den Eigenanlagen von 1.100 T€ befindet sich zum Bilanzstichtag mit 39% leicht unter den strategischen Vorgaben.

Die mit den Kreditrisiken verbundenen Risikokonzentrationen werden sowohl im Kundengeschäft als auch im Eigengeschäft berücksichtigt. Hierzu werden insbesondere die Portfoliostrukturen im Kundenkreditgeschäft im Zeitverlauf untersucht, sowie bei den Eigenanlagen eine Einzelbetrachtung abgebildet.

Länderrisiko

Als Länderrisiko, bezeichnen wir das Risiko, das nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes im Ausland besteht. Folglich kann es aufgrund krisenhafter politischer oder ökonomischer Entwicklungen in diesem Land zu Transferproblemen und somit zusätzlichen Adressenausfallrisiken kommen, die sich ebenfalls im Kreditrisiko niederschlagen. Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt in Form einer Darstellung der Kreditstruktur nach Ländern im Risikoreport. Das Länderrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als unbedeutend eingestuft.

Zinsänderungsrisiko

Als Zinsänderungsrisiko bezeichnen wir das Risiko einer nachteiligen Wirkung von Marktpreisentwicklungen auf die Ertragslage der Bank. Das Zinsänderungsrisiko lässt sich dabei in das Zinsspannenrisiko und das Marktwertisiko unterteilen. Die bilanzielle Wirkung des Marktwertrisikos wird auch als Bewertungsrisiko bezeichnet. Ein Risiko entsteht, wenn offene Positionen im Gesamtgeschäft aus Inkongruenzen bezüglich Zinsbindung und Zinselastizität die Margen vermindern oder sich bei Zinsstrukturveränderungen die Marktpreise für marktfähige Wertpapiere negativ verändern.

Die Überwachung des Zinsspannenrisikos erfolgt laufend mit Hilfe eines software gestützten Analysewerkzeugs, das anhand einer rollierenden Zinsergebnis-Simulation Festzinspositionen und die variabel verzinslichen Positionen auf Grundlage historischer Daten ermittelter Zinselastizitäten in die Berechnung einbezieht. Dabei wenden wir verschiedene Zinsänderungsszenarien an. Neben den obligatorischen, von der Aufsicht definierten, Szenarien werden auch Risiken bei extremen Veränderungen des Zinsniveaus simuliert. Ebenfalls werden diese Zinsszenarien für Marktwertsimulationen für die im Bestand befindlichen Wertpapiere genutzt. Zum Stichtag ergab sich bei Verwendung eines einheitlichen Zinsszenarios das größte Risiko bei steigenden Zinsen. Dieses führte zu einer Auslastung des Risikolimits für Eigenanlagen von 1.800 T€ von 42% und zu einem positiven Effekt beim Zinsspannenrisiko.

Für die barwertige Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen werden die von der Bankenaufsicht vorgegebenen Zinsschocks mit einer Ad-hoc Verschiebung der Zinsstruktur von +200 BP / -200 BP berechnet. Für die berechneten Änderungen ergaben sich in Bezug auf das haftende Eigenkapital Werte von – 8,4 % bei Zinserhöhung und + 3,1 % bei Zinssenkung. Die sog. Basel II-Kennziffer ist somit eingehalten.

Die Finanzierung der ausgewiesenen Aktivüberhänge erfolgt in wesentlichen Teilen aus den formal zwar kurzfristigen, aber faktisch teilweise langfristig zur Verfügung stehenden und nur geringen Schwankungen unterliegenden Einlagen. Risiken, die sich aus der Veränderung in den Marktpreisen ergeben können, sind nur in einem für die Bank tragbaren Umfang vorhanden.

Währungsrisiko

Risikopositionen in fremder Währung werden nicht zur Erzielung von Spekulationsgewinnen gehalten, sondern nur zur Befriedigung der Kundenbedürfnisse. Der Fremdwährungsbestand wird gering gehalten, womit aus offenen Positionen keine wesentlichen Risiken erwachsen sollten. Das Währungsrisiko wird laufend im Rahmen von Kursänderungsszenarien, in Form von prozentualen Kursverlusten des Gesamtbestandes der wesentlichen Fremdwährungen, beurteilt. Den überwiegenden Währungsbestand unterhielt die Bank im Geschäftsjahr 2018 in Dänekronen für die Abwicklungen im Kundengeschäft. Dänemark ist Mitglied des Europäischen Währungssystems II, das eine maximale Bandbreite von +/- 15 Prozent um den Leitkurs der Währung zum Euro festschreibt. Deshalb betrachten wir das Währungsrisiko als gut kalkulierbar und unter Ertragsgesichtspunkten vertretbar.

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko bezeichnen wir das Risiko, dass die Bank ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichender Höhe nachkommen kann. Diese Gefahr besteht insbesondere dann, wenn die Geldmärkte im Allgemeinen oder in einzelnen Segmenten gestört sind und nicht genügend Liquidität zur Verfügung gestellt werden kann. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich üblicherweise auf die nächsten 12 Monate. Mit dem Liquiditätsrisiko verbunden ist das Risiko zukünftiger Ertragseinbußen aufgrund von steigenden Refinanzierungskosten am Geld- und Kapitalmarkt. Dieses Risiko bezeichnen wir als Refinanzierungsrisiko. Ursachen für eine Verschlechterung von Refinanzierungskonditionen können individuell eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer oder generell eine Vertrauenskrise im Bankensektor sein. Dem Liquiditätsrisiko wird grundsätzlich durch das Vorhalten von ausreichend liquiden Aktiva, insbesondere kurzfristige Geldmarktanlagen und Wertpapiere der Liquiditätsreserve, entgegengesteuert. Aufgrund der besonderen Marktsituation mit seinem negativen Zinsniveau im kurzfristigen Bereich und der hohen Liquiditätsvorhaltung, würden bei Liquiditätsabzügen aktuell Ertragschancen entstehen.

Das Marktliquiditätsrisiko ist aufgrund unserer kleinteiligen Refinanzierung durch Kundeneinlagen unbedeutend.

Die Union Bank AG hat traditionell eine hohe Zahlungsbereitschaft und nur einen Teil ihrer Kundeneinlagen in längerfristigen Krediten angelegt. Gleichwohl ist es auch für die Union Bank AG wichtig, flexibel auf sich kurzfristig ergebende Schwankungen bei den Zahlungsmitteln reagieren zu können. Aus diesem Grunde stehen der Bank entsprechende Refinanzierungslinien bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten zur Verfügung.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos stehen uns neben den gesetzlichen Liquiditätsmeldungen auch Übersichten der zukünftigen Zahlungsströme zur Verfügung. Die Zahlungsfähigkeit der Bank war zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Vertriebsrisiko

Das Vertriebsrisiko beschreibt die Gefahr gesteckte Vertriebsserfolge nicht zu erreichen und wird mit monatlichen Abgleichen im Rahmen der Ergebnisvorschaurechnung sowie dem Neugeschäfts- und Kundenmonitoring gemessen, welche ggf. Handlungs- bzw. Steuerungsimpulse generieren.

Operationelle Risiken / Sonstige Risiken

Die operationellen Risiken der Bank bestehen im Wesentlichen in den Bereichen Funktionalität der IT Systeme, Personal, Recht und sonstige Betriebsrisiken. Für alle Risiken wurden Verantwortliche bestimmt, die für die Überwachung, Beurteilung und regelmäßigen Berichterstattungen an den Vorstand zuständig sind.

Unsere IT haben wir entsprechend unserer IT Strategie an einen Mehrmandantendienstleister ausgelagert. Die wesentlichen Teile der gesamten Datenverarbeitung finden somit in einem Rechenzentrum außerhalb unserer eigenen Standorte statt. Der Dienstleister hat uns vertraglich die laufende fachliche und technische Weiterentwicklung der zur Verfügung gestellten Anwendung zugesichert. Bei der Auswahl des Dienstleisters haben wir besonderen Wert auf die Verarbeitungssicherheit gelegt. Diese wird laufend durch uns im Rahmen des Auslagerungsmanagements überprüft, eine Gefährdung unserer IT sehen wir derzeit nicht.

Der Personalbestand der Union Bank AG ist seit vielen Jahren relativ stabil. Durch zielgerichtete Aus- und Fortbildung unserer Mitarbeiter sichern wir den Qualitätsstandard. Vor dem Hintergrund der erwarteten demografischen Entwicklung wird der Wettbewerb um geeignete Auszubildende und Berufsanfänger in Zukunft härter. Unsere Personalpolitik hat das Ziel, dieser Herausforderung durch die gleichbleibend hohe Attraktivität des Arbeitsplatzes in der Union Bank AG gerecht zu werden. Bemerkenswerte Risiken im Hinblick auf die zukünftige Möglichkeit, jederzeit Personal in hinreichender Anzahl und Qualität vorzuhalten, sehen wir derzeit nicht.

Den rechtlichen Risiken bei Vertragsgestaltung begegnen wir durch die weitgehende Verwendung von juristisch geprüften Standardverträgen. Im Rahmen des etablierten Reklamations- und Beschwerdemanagement-Systems erfassen wir Schäden und Beinaheschäden, die auf Unzulänglichkeiten technischer Systeme oder persönlicher Beratung hindeuten. Zur Abschirmung von sonstigen Betriebsrisiken bestehen umfangreiche Schadensversicherungen. Für die Zukunft werden keine wesentlichen Schadensfälle erwartet.

Das operationelle Risiko wird über einen Risikopuffer in die Risikotragfähigkeit einbezogen. Es wird eine angenommene Auslastung von 80% unterstellt.

Die Union-Bank AG hat im Rahmen einer Analyse von möglichen Ertragskonzentrationen festgestellt, dass aufgrund des breit angelegten Geschäftsmodells grundsätzlich keine Ertragskonzentrationen vorhanden sind. Über im weitesten Sinne übergeordnete Ertragskonzentrationen in den Bereichen Produktarten, Kundengruppen und Branchen ist sich die Union-Bank bewusst. Kundenabhängige Ertragskonzentrationen bestehen nicht.

Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung ist in Zusammenhang mit den gemachten Aussagen im Offenlegungsbericht, welcher im Rahmen der gesetzlichen Fristen auf der Homepage der Union-Bank AG veröffentlicht wird, zu verstehen. Der Offenlegungsbericht ist nicht Bestandteil dieses Lageberichtes.

Die Union-Bank AG fördert im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten den Einsatz von qualifizierten Frauen in Führungspositionen der Bank.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 111 Abs. 5 AktG für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 33,3 % festgelegt. Bei zukünftigen Besetzungen des Vorstandes ist eine Zusammensetzung aus beiden Geschlechtern zu erreichen. Die Erreichung der Zielgröße für den Aufsichtsrat ist davon abhängig, dass sich im Bezugszeitraum geeignete Kandidatinnen mit Bereitschaft zur Kandidatur für die Aufsichtsratsmandate finden. Die festgelegten Zielgrößen für den Aufsichtsrat entsprechen den erwarteten Möglichkeiten zur Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen.

Der Vorstand hat gemäß § 76 Abs. 4 AktG bei der Besetzung der Führungsebene unterhalb des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 33,3% festgelegt. Die Erreichung der Zielgrößen ist davon abhängig, dass im Bezugszeitraum neue Stellen entstehen oder Stellen wegen eines endgültigen Ausscheidens des bisherigen Stelleninhabers neu zu besetzen sind und Bewerbungen von Frauen eingehen, die den Qualifikationsanforderungen der Stelle gerecht werden und im Übrigen auch über eine etwaigen männlichen Mitbewerbern gleichwertige Qualifikation verfügen.

Die Zielfestlegungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 2021.

Flensburg, 26. April 2019

Union-Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand:

Volker Andersen

Frank Baasch

Jahresbilanz zum 31.12.2018

Aktivseite

	Geschäftsjahr		Vorjahr TEUR
	EUR	EUR	
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		1.722.191,35	1.858
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		19.857.669,86	24.470
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	19.857.669,86		(24.470)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		<u>0,00</u>	0
		21.579.861,21	
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00		(0)
b) Wechsel		<u>0,00</u>	0
		0,00	
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		7.997.937,34	8.116
b) andere Forderungen		<u>2.012.558,90</u>	0
4. Forderungen an Kunden			129.171
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	0,00		(0)
Kommunalkredite	739.776,28		(798)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00		(0)
ab) von anderen Emittenten	<u>0,00</u>	0,00	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00		(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	17.476.689,15		27.481
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	17.476.689,15		(27.481)
bb) von anderen Emittenten	<u>35.813.420,98</u>	53.290.110,13	26.677
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	29.657.557,87		(26.677)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>0,00</u>	0
Nennbetrag	0,00		(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			16
6a. Handelsbestand		11.798,98	0
7. Beteiligungen		28.000,00	48
darunter:			
an Kreditinstituten	0,00		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		688.987,74	689
darunter:			
an Kreditinstituten	0,00		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00		(0)
9. Treuhandvermögen		34.606.239,48	34.899
darunter: Treuhandkredite	34.606.239,48		(34.899)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		39,44	0
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00	0
d) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>	0
		39,44	
12. Sachanlagen		8.223.301,81	4.321
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital		0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände		492.279,25	153
15. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>29.043,01</u>	<u>39</u>
Summe der Aktiva		<u><u>262.767.933,17</u></u>	<u><u>257.938</u></u>

				Passivseite
		Geschäftsjahr		Vorjahr
EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		869.570,68		675
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>19.833.251,78</u>	20.702.822,46	20.039
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	49.312.774,11			49.246
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>3.476.922,92</u>	52.789.697,03		3.611
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	128.536.894,56			123.453
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.170.558,55</u>	<u>129.707.453,11</u>	182.497.150,14	3.170
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	0,00	0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00			(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite	34.606.239,48		34.606.239,48	34.899 (34.899)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				
			378.600,67	311
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
			16.544,43	43
6a. Passive latente Steuern				
			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen		3.877.051,00		3.676
b) Steuerrückstellungen		0,00		119
c) andere Rückstellungen		<u>738.485,25</u>	4.615.536,25	545
8. [gestrichen]			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				
			1.600.000,00	0
10. Genussschaftskapital				
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00		0,00	(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00		1.435.000,00	1.435 (0)
12. Eigenkapital				
a) Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	3.125.000,00			3.125
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	<u>0,00</u>	3.125.000,00		0
b) Kapitalrücklage		1.590.478,28		1.590
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	301.662,21			302
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>11.586.399,25</u>	11.888.061,46		11.293
d) Bilanzgewinn		<u>312.500,00</u>	<u>16.916.039,74</u>	<u>406</u>
Summe der Passiva			<u><u>262.767.933,17</u></u>	<u><u>257.938</u></u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen	0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4.891.220,17			5.734
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	4.891.220,17		0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen	0,00			0
c) Unwiderrüfliche Kreditzusagen	<u>6.645.601,56</u>	6.645.601,56		3.718
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00			(0)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	Geschäftsjahr				Vorjahr TEUR
	EUR	EUR	EUR	EUR	
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarkt- geschäften	5.670.219,83				5.933
abzgl. negative Zinsen	<u>-115.674,65</u>	5.554.545,18			-99
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>549.463,05</u>	6.104.008,23		575
2. Zinsaufwendungen			<u>1.527.653,15</u>	4.576.355,08	1.662
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.195,76		2
b) Beteiligungen			20.200,00		20
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>8.000,00</u>	30.395,76	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			2.397.586,92		2.355
6. Provisionsaufwendungen			<u>103.822,65</u>	2.293.764,27	128
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands				0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge				306.765,22	219
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		2.875.954,93			2.890
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>770.986,89</u>	3.646.941,82		490
darunter: für Altersversorgung	304.336,69				(12)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>2.153.461,12</u>	5.800.402,94	2.206
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				380.241,75	342
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				368.148,24	245
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>375.160,29</u>	375.160,29	96
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			51.473,21		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>0,00</u>	-51.473,21	50
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. [gestrichen]				<u>0,00</u>	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				982.174,48	1.188
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>62.116,00</u>		62
22. Außerordentliches Ergebnis				-62.116,00	(-62)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			288.653,12		413
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>25.946,53</u>	314.599,65	26
24a. Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>0,00</u>	0
27. Jahresüberschuss				605.458,83	687
28. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				<u>10,82</u>	9
				605.469,65	696
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	0,00	0
				605.469,65	696
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>292.969,65</u>	<u>292.969,65</u>	290
34. Bilanzgewinn				<u>312.500,00</u>	<u>406</u>

A. Allgemeine Angaben

Die Union-Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Flensburg ist beim Registergericht in Flensburg unter der Nummer HRB 24 in das Handelsregister eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Im Rahmen der Übergangsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde von den mit Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) für bestimmte Bilanzposten und Wertansätze eingeräumten Beibehaltungs- und Fortführungswahlrechten der Rechtslage vor Inkrafttreten des BilMoG wie folgt Gebrauch gemacht:

- Ansammlung der Pensionsrückstellungen nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserven, Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten (Nennwert) angesetzt. Bei den Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, anderen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen werden alle erkennbaren Risiken durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die anteiligen Zinsen werden gemäß § 11 Satz 3 RechKredV der kürzesten ausgewiesenen Frist zugerechnet, sofern keine anderweitige Vorgehensweise vermerkt wird.

Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden gem. § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB zu den Referenzkursen der EZB am Abschlussstichtag auf Euro umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger werden Erträge aus der Umrechnung nicht besonders gedeckter Geschäfte gem. § 256a HGB erfolgswirksam vereinnahmt. Umrechnungsergebnisse nicht besonders gedeckter Geschäfte werden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei dem Posten berücksichtigt, bei dem die sonstigen Bewertungsergebnisse der umgerechneten Geschäfte ausgewiesen werden.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen. Ergibt sich im Folgejahr ein höherer Wert, wird entsprechend dem Wertaufholungsgebot zugeschrieben. Über pari erworbene Wertpapiere des Anlagevermögens werden der Laufzeit entsprechend ratierlich auf den Nennwert abgeschrieben. Nur bei einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung unterhalb des Nennwertes werden sie auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben (gemildertes Niederstwertprinzip).

Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sind mit den Anschaffungskosten bzw. mit den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 250 wurden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 250 und bis zu EUR 1.000 wurde eine Poolabschreibung nach steuerrechtlichen Vorgaben vorgenommen.

Verbindlichkeiten sind gem. § 253 Abs. 1 S. 2 HGB mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Unterschiedsbeträge zum Ausgabebetrag (Auf- bzw. Abzinsungsbeträge) werden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und periodengerecht aufgelöst.

Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes erstmals im Geschäftsjahr 2010 berechnet und in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Erfüllungsbetrags bewertet worden (§ 253 Abs. 1 Satz 2 HGB).

Die jährliche Bewertung erfolgte nach den Grundsätzen der sog. "Projected Unit Credit Methode" unter Einbeziehung von Trendannahmen und den "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck als biometrische Grundlage. Im Geschäftsjahr erfolgte ein Wechsel von den „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck auf die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck. Die Pensionsrückstellungen wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 3,21 % p.a. abgezinst. Der Zinssatz leitet sich aus der Rückstellungsabzinsungsverordnung ab. Die Bank hat entsprechend dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren zur Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes angenommen. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt EUR 419.476 und ist als ausschüttungsgesperrter Betrag in den anderen Gewinnrücklagen enthalten. Es wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 1,50 % p.a. und eine Rentendynamik in Höhe von 4,50 % alle 3 Jahre zugrunde gelegt. Der zusätzliche Rückstellungsbedarf für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen, der aus der geänderten Bewertung aufgrund BilMoG resultiert, wurde in Höhe von EUR 372.689 zulässigerweise noch nicht gebildet; dieser wird spätestens bis zum 31. Dezember 2024 angesammelt.

Die übrigen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Der Ansatz erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Die Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Die Überprüfung, ob aus den schwebenden Zinsansprüchen und Zinsverpflichtungen ein Verpflichtungsüberschuss resultiert, der die Bildung einer Rückstellung gem. § 340a HGB i.V.m. § 249 Abs. 1 HGB bedingt, erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Bankenfachausschusses IDW RS BFA 3 unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise. Der Barwert des Zinsbuches wurde dabei nach

Abzug anteiliger Risiko- und Verwaltungskosten mit den Buchwerten verglichen. Auf Basis dieser Berechnung ist die Bildung einer Rückstellung zum Abschlussstichtag nicht erforderlich.

Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses nach § 268 Abs. 1 HGB aufgestellt.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag unter der Bilanz ausgewiesen. Erkennbare Risiken führen zur Bildung von Rückstellungen, wenn der Eintritt eines Verlustes als wahrscheinlich eingeschätzt wird.

In der Gewinn- und Verlustrechnung haben wir von dem Wahlrecht nach § 340 f Abs. 3 HGB, die Aufwendungen und Erträge saldiert in dem Posten "Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft" darzustellen, Gebrauch gemacht.

In Anwendung des § 340c Abs. 2 HGB weisen wir die dort genannten Aufwendungen und Erträge saldiert in dem Posten "Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere" aus.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2018

	Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres EUR	Zugang (a) Zuschreibungen (b) Im Geschäftsjahr EUR	Umbuchungen (a) Abgänge (b) EUR	Anschaffungs- / Herstellungskosten am Ende des Geschäftsjahres EUR
Immaterielle Anlagenwerte				
a) Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	421.219,07	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	421.219,07
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00
d) geleistete Anzahlungen	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00
Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude	6.833.090,29	4.216.188,32 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	11.049.278,61
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.485.588,70	163.285,69 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 58.272,55 (b)	2.590.601,84
c) geleistete Anzahlungen	97.708,27	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 97.708,27 (b)	0,00
Summe a	9.837.606,33	4.379.474,01 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 155.980,82 (b)	14.061.099,52

	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit					
	Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt)	Abschreibungen Geschäftsjahr (a) Zuschreibungen Geschäftsjahr (b)	Zugängen (a) Zuschreibungen (b)	Umbuchungen (a) Abgänge (b)	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt)	Buchwerte Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagenwerte						
a) Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00	0,00
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	420.757,63	422,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	421.179,63	39,44
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00	0,00
geleistete Anzahlungen	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00	0,00
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	3.247.301,37	199.449,06 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	3.446.750,43	7.602.528,18
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.847.730,07	180.370,69 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 58.272,55 (b)	1.969.828,21	620.773,63
c) Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00	0,00
Summe a	5.515.789,07	380.241,75 (a) 0,0 (b)	0,00 (a) 0,00 (b)	0,00 (a) 58.272,55 (b)	5.837.758,27	8.223.341,25

	Anschaffungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	19.953.448,98	6.061.517,01	26.014.965,99
Beteiligungen	47.500,00	-19.500,00	28.000,00
Anteile an verbundenen Unter- nehmen	688.987,74	0,00	688.987,74
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Summe b	20.689.936,72	6.042.017,01	26.731.953,73
Summe a und b	30.527.543,05		34.955.294,98

D. Erläuterungen zur Bilanz

Im Posten Forderungen an Kreditinstitute (A 3) ist eine als Bardeckung erbrachte Einlage bei der EIS Einlagensicherungsbank GmbH in Höhe von EUR 89.116,75 zur Unterlegung einer unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung der EIS Einlagensicherungsbank GmbH gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH im Sinne der Entschädigungseinrichtungs- Finanzierungsverordnung enthalten. Diese dient der Reduzierung des Jahresbeitrages der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken.

Folgende Posten sind enthalten:

	börsenfähig		davon:	
	EUR	EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	53.290.110	53.290.110	0	11.169.904

Bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) mit einem Buchwert ohne Zinsabgrenzungen von EUR 11.151.424 und einem beizulegenden Zeitwert von EUR 10.676.300 zum 31.12.2018 sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von EUR 475.124 gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB für marktpreisbezogene Wertveränderungen unterblieben, da Störungen der Zins- und Tilgungsleistungen bei den betreffenden Wertpapieren nach unserer derzeitigen Einschätzung nicht zu erwarten sind.

Wertpapiere mit einem Buchwert ohne Zinsabgrenzungen von EUR 16.519.417 und einem Nennwert von EUR 16.000.000 des Anlagevermögens werden mit dem den Nennwert übersteigenden Betrages ratierlich auf die Restlaufzeit abgeschrieben. Im Geschäftsjahr fielen entsprechende Aufwendungen in Höhe von EUR 51.473 an. Zum 31.12.2018 ergab sich für diese Wertpapiere ein beizulegender Zeitwert von EUR 16.462.170.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 2.493.750 fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	1.208.504	1.219.197	0	1.500.000

Wir halten an folgenden Unternehmen Beteiligungen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB:

Name und Sitz	Anteil am Gesell- schafts- kapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
a) Top Finanz Konzepte GmbH, Büdelsdorf	25,00	2017	282	2017	98
b) Wohnpark Twedter Feld GmbH & Co. KG	94,00	2017	4	2017	-18
c) Wohnpark Twedter Feld Verwaltungsgesell- schaft mbH	100,00	2017	41	2017	1

Nicht enthalten im ausgewiesenen Eigenkapital sind nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Fehlbeträge bei folgender Gesellschaft: Wohnpark Twedter Feld GmbH & Co. KG in Höhe von TEUR 274.

Die Unternehmen Wohnpark Twedter Feld GmbH & Co. KG und Wohnpark Twedter Feld Verwaltungsgesellschaft mbH werden unter dem Aktivposten Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8) ausgewiesen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde gemäß § 290 Abs. 5 HGB verzichtet, da alle Tochterunternehmen aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden mussten (§ 296 Abs. 2 HGB).

Im Bilanzposten "Treuhandvermögen" sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die wir im eigenen Namen für fremde Rechnung halten. Der Gesamtbetrag des in dem Bilanzposten aufgeführten Treuhandvermögens wäre ohne die Treuhandeigenschaft bei den Forderungen an Kunden auszuweisen.

Im Aktivposten "Sachanlagen" sind Grundstücke und Bauten, die wir im Rahmen eigener Tätigkeit nutzen, in Höhe von EUR 3.190.681 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 597.029 enthalten.

In dem Bilanzposten "Sonstige Vermögensgegenstände" sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	31.12.2018
	<u>EUR</u>
Schadensersatzanspruch	47.708
Steuerrückforderungen	423.006

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 14.129 (Vorjahr EUR 23.574) enthalten.

In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 943.905 enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)				2.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	5.496.308	12.727.678	37.534.145	71.648.931

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 6.385.385 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	341.232	1.098.270	5.523.650	12.867.943
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	59.615	1.099.094	2.292.333	25.881
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	67.757	232.000	870.802	0

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten Zinsabgrenzungen für negative Zinsen in Höhe von EUR 2.155.

Im Bilanzposten "Treuhandverbindlichkeiten" sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die wir im eigenen Namen für fremde Rechnung halten. Der Gesamtbetrag der im Bilanzposten aufgeführten Treuhandverbindlichkeiten wäre ohne die Treuhandeigenschaft bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auszuweisen.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 14.544 (Vorjahr EUR 31.985) enthalten.

Latente Steuern sind nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Den passiven Steuerlatenzen aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen stehen höhere aktive Steuerlatenzen aus der steuerlich abweichenden Bewertung von Forderungen an Kunden, Wertpapieren, Sachanlagen und Rückstellungen gegenüber. Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 29,9%.

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 24.378 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgen zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
300.000	EUR	4,00	September 2023
300.000	EUR	4,00	September 2023
250.000	EUR	4,00	September 2023
250.000	EUR	4,00	September 2023
200.000	EUR	4,00	September 2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist nicht ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Für die weiteren nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen: Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR. Die Fälligkeiten der nachrangigen Verbindlichkeiten liegen zwischen dem 21.07.2023 und dem 28.09.2023. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit einem Zinssatz von 4,00 % ausgestattet.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	0	0	354.247	298.685

Das Grundkapital wird als gezeichnetes Kapital ausgewiesen und setzt sich wie folgt zusammen:

3.922 Stück vinkulierte Namensaktien zu je EUR 500	1.961.000 EUR
7.760 Stück vinkulierte Namensaktien zu je EUR 150	<u>1.164.000 EUR</u>
Grundkapital	<u>3.125.000 EUR</u>

Als Pfand genommen waren am Bilanzstichtag eigene Aktien in Höhe von nominell EUR 49.800. Dies entspricht einem Anteil am Grundkapital von 1,59%.

Die Kapital- und Gewinnrücklagen (P 12b und c) haben sich wie folgt entwickelt:

	Kapitalrücklage	Gesetzliche Rücklage	andere Gewinnrücklagen
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2018	1.590.478	301.662	11.293.430
Einstellungen	0		
- aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres		0	292.969
Stand 31.12.2018	<u>1.590.478</u>	<u>301.662</u>	<u>11.586.399</u>

Der aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag beträgt EUR 419.476 und ist in den anderen Gewinnrücklagen enthalten.

Den Eigenmitteln werden mit Feststellung dieses Jahresabschlusses nicht realisierte Reserven i.S.v. § 10 Abs. 2b KWG (in der Fassung gültig bis 31.12.2013) unter Berücksichtigung von Kappungsgrenzen in Höhe von EUR 772.200 nach den Zahlen der Jahresbilanz zugerechnet.

Die im Posten 1b) und 2c) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung der Risiken gewährleisten.

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind nicht erkennbar. Die im Posten 1b) und 2c) ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte
	<u>in EUR</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	19.831.095

In den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 27.128 enthalten.

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die im Geschäftsjahr erzielten Erträge sind ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland erwirtschaftet worden.

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften sind in den Zinserträgen in Höhe von EUR 115.675 (Vorjahr EUR 99.382) bzw. in den Zinsaufwendungen aus Passivgeschäften in Höhe von EUR 0 (Vorjahr EUR 0) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen in Höhe von EUR 131.924 (Vorjahr EUR 123.473) Mieten aus nicht bankgenutzten Gebäuden. Weiterhin entfielen EUR 135.500 auf eine Aufwandsausgleichszahlung der Fiduca & GAD IT AG wegen des Wechsels des Bankverfahrens in 2018.

Abzinsungserträge aus Rückstellungen in Höhe von EUR 669 (Vorjahr EUR 555) sind den sonstigen betrieblichen Erträgen und Abzinsungsaufwendungen in Höhe von EUR 151.270 (Vorjahr EUR 171.466) aus Pensionsrückstellungen sind den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zugeordnet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen in Höhe von EUR 93.268 (Vorjahr EUR 23.190) Aufwendungen für Gebäude, die nicht dem Bankbetrieb dienen.

Aufwendungen aus der ratierlichen Ansammlung des Unterdeckungsbetrags zu den gemäß BilMoG neu bewerteten Pensionsrückstellungen fielen in Höhe von EUR 62.116 (Vorjahr EUR 62.116) an und werden in den außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen zu 100,0 % auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

F. Sonstige Angaben

Mit Zustimmung des Aufsichtsrates ist der Vorstand ermächtigt worden, das Grundkapital bis zum 12. Juni 2020 um bis zu insgesamt EUR 1.562.500 gegen Bareinlage durch Ausgabe von neuen auf den Namen lautender Nennbetragsaktien zu erhöhen. Von der Ermächtigung kann auch ein- oder mehrmals in Teilbeträgen Gebrauch gemacht werden. Die neuen Aktien sind den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen.

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates auf EUR 51.846.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands und früherer Organmitglieder wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31.12.2018 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 991.966.

Die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betragen für Mitglieder des Vorstands EUR 148.232 und für Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 755.113.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen erfolgten ausschließlich zu marktüblichen Konditionen.

Die Zahl der 2018 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Prokuristen	4	0
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	31	13
Gewerbliche Mitarbeiter	<u>1</u>	<u>5</u>
	<u><u>36</u></u>	<u><u>18</u></u>

Außerdem wurden durchschnittlich 3 Auszubildende beschäftigt.

Die gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegenden Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben beabsichtigen wir in einem separaten Offenlegungsbericht auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt, aufgeschlüsselt in das Honorar für

a) die Abschlussprüfungsleistungen	EUR	123.937
davon Vorjahre	EUR	-5.475
b) andere Bestätigungsleistungen	EUR	39.496
c) Steuerberatungsleistungen	EUR	6.873
d) sonstige Leistungen	EUR	0

Von der für das Abschlussprüferhonorar des Vorjahres gebildeten Rückstellung wurden im Geschäftsjahr EUR 5.475 zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst. Die anderen Bestätigungsleistungen verteilen sich auf die Prüfungsleistungen zum Wertpapierdienstleistungsgeschäft und dem Depotgeschäft gemäß § 36 WpHG. Bei den Steuerberatungsleistungen handelt es sich um das Honorar im Zusammenhang mit der Erstellung von Steuererklärungen. Sonstige Leistungen sind im Geschäftsjahr vom Abschlussprüfer nicht erbracht worden.

Mitglieder des Vorstands

Andersen, Volker, - Vorsitzender - , Marktvorstand

Baasch, Frank, - Mitglied - , Marktfolgevorstand

Mitglieder des Aufsichtsrats

Meerbach, Erich, - Vorsitzender - , Rechtsanwalt und Notar (a.D.)

Faber, Simon, - stellvertretender Vorsitzender (seit 15.06.2018) - , Projektleiter
Kommune Apenrade (DK) und ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Flensburg

Kühl, Prof. Dr. Jørgen, - stellvertretender Vorsitzender (bis 15.06.2018) - ,
Oberstudiendirektor der A.P. Møller-Skolen, Schleswig

Friedrichsen, Johann, Geschäftsführer (i.R.)

Hansen, Ralf, Steuerberater und Gesellschafter bei H.P.O. Wirtschaftspartner,
Flensburg

Jørgensen, Leif Friis, Geschäftsführer Naturmælk A.m.b.a., DK-Tinglev

Petersen, Kirsten, Bankkauffrau

Trojan, Oliver, Bankkaufmann

Schönhoff, Kevin, Bankkaufmann

Mitglieder des Prüfungs- und Risikoausschusses

Hansen, Ralf, - Vorsitzender -, Steuerberater und Gesellschafter bei H.P.O. Wirtschaftspartner,
Flensburg

Friedrichsen, Johann, Geschäftsführer (i.R.)

Meerbach, Erich, Rechtsanwalt und Notar (a.D.)

Petersen, Kirsten, Bankkauffrau

G. Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse im Zeitraum vom Bilanzstichtag bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses haben sich nicht ergeben.

F. Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 605.458,83 - unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von 10,82 sowie nach den im Jahresabschluss mit EUR 292.969,65 ausgewiesenen Einstellungen in die Rücklagen (Bilanzgewinn von EUR 312.500,00) - wie folgt zu verwenden:

	<u>EUR</u>
Ausschüttung einer Dividende von 10,00 %	312.500,00
Vortrag auf neue Rechnung	<u>0,00</u>
	<u><u>312.500,00</u></u>

Flensburg, 26. April 2019

Union-Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Volker Andersen

Frank Baasch

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Union-Bank Aktiengesellschaft, Flensburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Union-Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die im Lagebericht im Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung“ enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

■ Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Union-Bank Aktiengesellschaft verweisen wir auf den Anhang der Gesellschaft, Abschnitt „B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“. Weitere Angaben zur Risikovorsorge und zu den Adressenausfallrisiken finden sich im Lagebericht der Union-Bank Aktiengesellschaft in den Abschnitten „II. Wirtschaftsbericht“ sowie „III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht“.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Union-Bank Aktiengesellschaft weist Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 133,8 Mio aus. Dies entspricht rd. 50,9 % der Bilanzsumme. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird als Bestandteil des Postens der Gewinn- und Verlustrechnung „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ mit dem Posten der Gewinn- und Verlustrechnung „Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“ gemäß § 340f Abs. 3 HGB saldiert ausgewiesen. Im Geschäftsjahr ergab sich saldiert ein positives Ergebnis von TEUR 375, wovon TEUR 222 auf das Kreditgeschäft entfallen.

Die Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie die Ermittlung der erforderlichen Einzelwertberichtigungen ist ermessensbehaftet und erfordert zukunftsorientierte Schätzungen über die erwarteten Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen bzw. über die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten. Im Rahmen dieser Schätzungen werden insbesondere Annahmen zur Bonität der Kreditnehmer sowie zu den erzielbaren Sicherheitenwerten getroffen.

Da diese Schätzungen einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass erforderliche Wertberichtigungen zeitgerecht erkannt werden und sachgerechte Annahmen über die Höhe der noch zu erwartenden Zahlungsströme getroffen werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der Forderungen an Kunden, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Steuerung, Überwachung und Bewertung der Forderungen an Kunden verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Steuerung, Überwachung und Bewertung der Forderungen an Kunden haben wir Einsicht in die relevanten Organisationsrichtlinien genommen sowie Befragungen durchgeführt. Darüber hinaus haben wir uns von der Implementierung und anhand von Stichproben von der Wirksamkeit von relevanten Kontrollen, die die Bank zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie zur Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigungen eingerichtet hat, überzeugt.

Wir haben uns schließlich anhand einer an risikoorientierten Kriterien ausgerichteten bewussten Auswahl aus der Grundgesamtheit der Forderungen an Kunden davon überzeugt, dass bei den ausgewählten Engagements Kriterien, die auf einen Einzelwertberichtigungsbedarf hindeuten, ordnungsgemäß erkannt wurden. Zudem haben wir für die bewusst ausgewählten Einzelfälle die Angemessenheit der Bemessung der Einzelwertberichtigungen zum Bilanzstichtag gewürdigt. Sofern für ein Engagement Kreditsicherheiten gestellt wurden, auf die in der Bewertung abgestellt wird, haben wir den rechtlichen Bestand und die Werthaltigkeit dieser Sicherheiten beurteilt.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kriterien zur Identifizierung von Forderungen an Kunden mit Einzelwertberichtigungsbedarf sind sachgerecht festgelegt worden. Die der Berechnung der Einzelwertberichtigungen zugrunde liegenden Annahmen über die erwarteten Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen bzw. über die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten sind sachgerecht.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-AprVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 15. Juni 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 11. Juli 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit mehr als 20 Jahren als Abschlussprüfer der Union-Bank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Rainer Thiede.

Hamburg, den 26. April 2019

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Thiede
Wirtschaftsprüfer

Bagehorn
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2018 gemeinsam mit dem Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend die Grundsätze der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik der Bank, die wirtschaftlichen Fragen sowie die Risikostrategie und das Risikomanagement sowie die Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeiter erörtert und hierzu die ihm obliegenden Beschlüsse gefasst. Weiter hat der Aufsichtsrat - auch mit Hilfe der Innenrevision der Bank und der Prüfungsgesellschaft KPMG – die Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Regelungen durch den Vorstand, die Rechnungslegung, die Geeignetheit der internen Kontrollsysteme, der Innenrevision und der Compliance kontrolliert.

Der Aufsichtsrat hat diese ihm nach dem Gesetz, der Satzung der Bank und der Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2018 in 9 ordentlichen Aufsichtsratssitzungen, 3 Sitzungen des Kreditausschusses sowie 5 Sitzungen des Risiko- und Prüfungsausschusses sowie in regelmäßigen Gesprächen des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters sowie des Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses mit dem Vorstand und der Prüfungsgesellschaft KPMG wahrgenommen. In seiner konstituierenden Sitzung am 15. Juni 2018 hat der Aufsichtsrat Herrn Rechtsanwalt und Notar a.D. Erich Meerbach zu seinem Vorsitzenden wiedergewählt sowie Herrn Oberbürgermeister a.D. Simon Faber zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden.

Bei den Sitzungen haben der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse vom Vorstand mündlich und schriftlich die erforderlichen Informationen über die Geschäftsentwicklung sowie über die Vermögens-, Liquiditäts-, Risiko- und Gewinnsituation der Bank erhalten und mit dem Vorstand erörtert. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen einbezogen, die seiner Zustimmung bedürfen.

Entsprechend seinen Verpflichtungen aus § 25 d Abs. 11 Nr. 3 und 4 KWG hat der Aufsichtsrat sowohl seine eigene Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung wie die der Geschäftsleitung bewertet und hierbei einmal jährlich die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrates als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit beurteilt. Auf der Basis eines differenzierten Kriterienkataloges bewertet der Aufsichtsrat sowohl die Struktur des Vorstandes und dessen fachliche Eignung und Leistung im Berichtsjahr wie seine eigene Struktur und seine und seiner Mitglieder fachliche Eignung und Leistung auch im Berichtsjahr als angemessen und positiv.

Den neuen Aufsichtsratsmitgliedern wurde durch Teilnahme an Schulungen und Seminaren sowie durch Zugang zu Fachmedien die Fortbildung ermöglicht, die zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Sachkunde notwendig ist.

Der Aufsichtsrat hat sich von der Ordnungsgemäßheit der Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt und im Rahmen seiner Kompetenzen hierzu die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Beschlüsse gefasst.

Die von der Hauptversammlung gewählte KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hamburg hat den vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang - geprüft und die Prüfung auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank und die Einhaltung der Anforderungen nach dem KWG erstreckt. In dem von der Prüfungs-gesellschaft erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk hat diese erklärt:

- dass der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht,

- er unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 vermittelt und der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen vermittelt und in Einklang mit dem Jahresabschluss steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht sowie die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie weiter erklärt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsgemäßheit des Jahresabschlusses und Lageberichts geführt hat.

Sie hat darüber hinaus bestätigt,

- dass die Gesellschaft über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation mit einem angemessenen und wirksamen Risikomanagement verfügt und
- die gem. § 29 KWG geprüften aufsichtlichen Vorgaben eingehalten wurden.

Der Abschlussprüfer hat an den Bilanzsitzungen des Prüfungs- und Risikoausschusses sowie des Aufsichtsrates teilgenommen und hierbei über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht nach ausführlicher Erörterung zustimmend zur Kenntnis genommen. Das abschließende Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrates entspricht vollständig dem Ergebnis des Prüfungsberichtes. Einwendungen gegen die Geschäftsführung oder den vorgelegten Abschluss wurden nicht erhoben. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Hauptversammlung, die KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hamburg für das Geschäftsjahr 2019 erneut als Abschlussprüfer zu bestellen.

In seiner Sitzung vom 10. Mai 2019 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für 2018 gebilligt, der damit gem. § 172 AktG festgestellt ist. Angesichts der generellen Entwicklung des Bankensektors am Markt ist der Aufsichtsrat mit dem erzielten Jahresergebnis von TEUR 605 zufrieden. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes, für das vergangene Geschäftsjahr 10% Dividende an die Aktionäre auszuschütten, an. Dies trägt der nach wie vor durch das geringe Zinsniveau geprägten Ertragssituation Rechnung, bestätigt aber gleichzeitig die stabile Entwicklung der Union-Bank. Die Liquidität und die Solvenz der Union-Bank waren und sind mehr als ausreichend, um jederzeit die gesetzlichen Forderungen zu erfüllen und die eingegangenen Risiken abzudecken.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen MitarbeiterInnen der Bank für ihr großes Engagement und die konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Nach Ablauf ihrer Amtszeit scheidet in diesem Jahr Herr Johann Friedrichsen, Flensburg, und Herr Prof. Dr. Jørgen Kühl, Fahrdorf, aus dem Aufsichtsrat aus. Herr Prof. Kühl stellt sich für eine Wiederwahl zur Verfügung. Für Herrn Friedrichsen, der nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung steht, schlägt der Aufsichtsrat der Hauptversammlung Herrn Geschäftsführer Anders Jakob Søgaaard, Harrislee vor. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Friedrichsen für seine langjährige wertvolle Tätigkeit im Aufsichtsrat der Union Bank.

Flensburg, den 10. Mai 2019

Der Aufsichtsrat

Erich Meerbach
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Country by Country Reporting

Im Rahmen der Umsetzung des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirements Directive, CRD IV) wurden in § 26a KWG Angabepflichten zur länderbezogenen Aufgliederung bestimmter Informationen aufgenommen. Danach haben CRR-Institute auf konsolidierter Basis, aufgeschlüsselt nach Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten, in denen die Institute über Niederlassungen verfügen, folgende Angaben als Anhang zum Jahresabschluss offenzulegen und von einem Abschlussprüfer prüfen zu lassen:

- Firma, Art der Tätigkeit und geographische Belegenheit
- Umsatz
- Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten,
- Gewinn oder Verlust vor Steuern,
- Steuern auf Gewinn oder Verlust,
- erhaltene öffentliche Beihilfen.

Mit den folgenden Angaben kommt die Union-Bank AG dieser Verpflichtung nach.

Country by Country Reporting
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Firma:	Union-Bank AG
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Belegenheit:	Flensburg
Umsatz:	7.207.280,33 EUR
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten ¹ :	54
Gewinn (+) oder Verlust (-) vor Steuern ² :	+920.058,48 EUR
Steuern auf Gewinn oder Verlust ³ :	314.599,65 EUR
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	0,00 EUR

Die Union-Bank AG unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin gehört die Union-Bank AG keiner Institutsgruppe an und unterliegt keiner Konsolidierungspflicht.

Country by Country Reporting
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 (Vorjahr)

Firma:	Union-Bank AG
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Belegenheit:	Flensburg
Umsatz:	7.213.800,72 EUR
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten ¹ :	58
Gewinn (+) oder Verlust (-) vor Steuern ² :	+1.126.102,34 EUR
Steuern auf Gewinn oder Verlust ³ :	438.960,88 EUR
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	313,99 EUR ⁴

Die Union-Bank AG unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin gehört die Union-Bank AG keiner Institutsgruppe an und unterliegt keiner Konsolidierungspflicht.

¹ Ausweis gemäß § 267 Abs. 5 HGB

² Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (GuV-Posten 19) und dem außerordentlichen Ergebnis (GuV-Posten 22)

³ Steueraufwand gemäß Rechnungslegung (Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 23) zzgl. der sonstigen Steuern (GuV-Posten 24))

⁴ Im Rahmen einer Heizungsoptimierung durch hocheffiziente Pumpen